



Zukunftskonzept Nutztierhaltung

Ernährungssicherheit verankern – Nutztierhaltung in der GAP 2028 gezielt fördern

Die globalen Krisen der vergangenen Jahre offenbarten die Abhängigkeit Deutschlands vom internationalen Handel in vielen Lebensbereichen. Hohe Kosten, kaum Planungssicherheit, bürokratische Hürden und überstrapazierende Regulierungen tragen zum Betriebessterben in der Landwirtschaft bei. Hält dieser Trend weiterhin an, so ist die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln in Deutschland gefährdet. Der BRS spricht sich dafür aus, Ernährungssicherheit im Grundgesetz festzuschreiben.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2028 stellt die europäische Agrarpolitik an den Scheideweg. Während Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsleistungen in den vergangenen Förderperioden zunehmend in den Mittelpunkt rückten, droht ein zentrales Ziel der GAP aus dem Blick zu geraten: die dauerhafte Ernährungssicherheit der europäischen Bevölkerung mit heimischen Lebensmitteln. Die Förderinstrumente konzentrieren sich überwiegend auf flächenbezogene Direktzahlungen sowie Umwelt- und Klimamaßnahmen, während die tierische Erzeugung lediglich indirekt berücksichtigt wird. Diese strukturelle Schieflage gefährdet akut die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Nutztierhaltung und damit die Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa. Der BRS fordert deshalb eine Prämienkopplung an Ernährungsleistungen durch die Veredelung.

Schweinehaltung vor dem Aus

Teuerungen bei den Baukosten, der Futterversorgung, der Energie und der Arbeitserledigung bringen die Schweinehaltung in Bedrängnis. Insbesondere stehen viele Sauenhalter in Deutschland angesichts der anstehenden Umbaukosten im Deckzentrum und im Abferkelbereich vor der Betriebsaufgabe. Schon heute liegt der Selbstversorgungsgrad an Ferkeln in Deutschland bei unter 80 %. Fällt dieser weiter, so ist diese gesamte Wertschöpfungskette elementar bedroht. Das investive Bundesprogramm zum Umbau der Nutztierhaltung war sicherlich nicht perfekt, jedoch war es ein erheblich effizienteres Instrument zur Transformation der Schweinehaltung als die AFP in den einzelnen Ländern es jemals sein wird. Der BRS spricht sich für ein „Bundesprogramm Sauenhaltung“ aus. Bis zum Verstreichen der Umbaufrist der Abferkelställe wird jährlich ein niedriges dreistelliges Fördervolumen in Millionenhöhe benötigt.

Innerdeutsche Wettbewerbsverzerrung

Niedersachsen ist mit dem Verbot der Anbindehaltung einen markanten Schritt gegangen. Auch der BRS sprach sich im Rahmen der Novellierung des Tierschutzgesetzes im Jahr 2024 für ein Verbot der ganzzährigen Anbindehaltung aus. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass das Tierwohl nicht an Ländergrenzen haltmachen sollte, und plädieren dafür, dass solche richtungsweisenden Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden müssen. Dazu gehören auch die Diskussionen über Qualzucht und Tiertransporte.

Regionalisierungsabkommen finalisieren

Kanzler Merz hat wichtige Vorarbeit für ein Regionalisierungsabkommen mit China geleistet. Der BRS appelliert an alle Beteiligten, ein solches Abkommen nun zügig auszuarbeiten und zum Abschluss zu bringen. Die Wertschöpfung am gesamten Schweineschlachtkörper ist hierdurch erheblich zu steigern und trägt zur Sicherheit der Branche bei.